

# UNIVERSITÄT GREIFSWALD

## Studierendenschaft



Wissen  
lockt.  
Seit 1456

Allgemeiner Studierendenausschuss, Friedrich-Loeffler-Straße 28, 17487 Greifswald

Allgemeiner Studierendenausschuss

An die Mitglieder der Studierendenschaft,

AStA-Referat für Hochschul- und  
Innenpolitik

*Theodor Zerche*  
Kom. Referent

Telefon: +49 3834 420 1750  
asta\_hopo@uni-greifswald.de

Az.  
AStA-Referat für Hochschul- und  
Innenpolitik

Bearb.  
Theodor Zerche

Datum  
15.06.2024

Liebe Studierende,

hiermit seid ihr herzlich zur Vollversammlung der Studierendenschaft

**am 18. Juni 2024  
um 14:00 Uhr c.t.  
im Hörsaal 3/4  
Ernst-Lohemyer-Platz 6**

eingeladen.

## Vorläufige Tagesordnung:

TOP1 Begrüßung	3
TOP2 Formalia	3
TOP3 Fragen und Anregungen aus der Studierendenschaft	3
TOP4 Antrag „Studentische Wohnungsnot gemeinsam entgegentreten!“	4
TOP5 Antrag „Veranstaltung eines Aktionsmonats gegen Antisemitismus“	5
TOP6 Antrag „Wissenschaft für eine zivile Zeitenwende- jetzt erst Recht!“	6
TOP7 Antrag „Normales Attest bei Prüfungsrücktritt anstatt Aufhebung der ärztlichen Schweigepflicht“	7
TOP8 Antrag „Geistige Gesundheit gehört ganzheitlich gefördert!“	8
TOP9 Antrag „Mehr queere Lehrinhalte in Vorlesungen und Seminaren“	10
TOP10 Antrag „Einrichtung externer Beratungsangebote für Betroffene sexualisierter Gewalt in den Räumlichkeiten der Universität Greifswald“	11
TOP11 Antrag „gegen die Einführung einer allgemeinen Anwesenheitspflicht“	12
TOP12 Antrag „Semesterbeitrag an die Studierendenschaft auf freiwilliger Basis“	13
TOP13 Antrag „Verlängerung der Citavi-Lizenz“	14
TOP14 Antrag „FLINTA* Toiletten jetzt!“	15
TOP15 Antrag „Awareness Sensibilisierung der Amtstragenden der studentischen Gremien/Organe und der Mitglieder der moritz.medien“	16
TOP16 Antrag „Chill & Sip - noch mehr Getränkeauswahl“	17
TOP17 Antrag „Die Bibliothek 2.0: Wo Bücher ihre Besitzer wechseln“	18
TOP18 Antrag „Mehr Fahrradbügel auf dem Berthold-Beitz-Platz“	19
TOP19 Antrag „Schaffung zusätzlicher Sitzgelegenheiten am Campus am Ernst-Lohmeyer-Platz“	20
TOP20 Antrag „Rauchverbot im Außenbereich der Cafeteria am Beitzplatz“	21
TOP21 Antrag „Verlängerung der Maximalwohnzeit in den Wohnheimen des Studierendenwerkes“	22
TOP22 Antrag „Graduiertenfeier für alle Abschlüsse“	23
TOP23 Antrag „Aufschlüsselung von Exkursionskosten und Fördermöglichkeiten“	24
TOP24 Antrag „RPO-Änderung“	25
TOP25 Sonstiges	26



Liveticker der moritz.medien

## **TOP1 Begrüßung**

Alle sagen sich Hallo, das Tagungspräsidium stellt sich vor.

## **TOP2 Formalia**

Es wird festgestellt, wie viele Stimmberechtigte anwesend sind und ob die Vollversammlung beschlussfähig ist. Danach wird die Tagesordnung gegebenenfalls angepasst und beschlossen.

## **TOP3 Fragen und Anregungen aus der Studierendenschaft**

Hier habt ihr die Möglichkeit, euch mit Fragen und Anregungen an den AStA- die StuPa-Mitglieder oder die Studierendenschaft allgemein zu wenden und mit ihnen auszutauschen.

## **TOP4 Antrag „Studentische Wohnungsnot gemeinsam entgegentreten!“**

### **Antragssteller\*in**

Lukas Voigt

### **Antragtext**

Das Studierendenparlament wird damit beauftragt, eine Arbeitsgemeinschaft „Stud. Wohnungsnot“ einzurichten. Die AG soll für alle Studierenden zugänglich sein.

### **Begründung**

Der studentische Wohnungsmarkt befindet sich in einer Krise. Laut der 22. Sozialerhebung des Deutschen Studierendenwerks (2021) geben bundesweit 14 % der Studierenden an, keinen eigenen Wohnraum zu haben und bei Freunden, Verwandten oder in Notunterkünften untergebracht zu sein. Diese Situation spiegelt sich auch in Greifswald wider, wo der AStA jedes Wintersemester eine Notwohnraumbörse einrichtet, um fehlenden Wohnraum zu Beginn des Semesters notdürftig überbrücken zu können.

Dabei fehlt es in Greifswald besonders an einem: genügend Geld für studentische Wohnheime. Gerade einmal 9 % der Greifswalder Studierenden haben die Möglichkeit, in einem der Wohnheime unterzukommen; damit liegt Greifswald deutlich hinter dem Bundesdurchschnitt. Zeitgleich kann das Studierendenwerk aufgrund der unzureichenden Finanzierung durch das Land dringend sanierungsbedürftige Wohnheime nicht erneuern, was die studentische Wohnungsnot verschärft.

Um dieser Problematik entgegenzuwirken, wird ein Raum benötigt, in dem sich interessierte Studierende austauschen und gemeinsam Lösungen erarbeiten können. Die Aufgabe der Arbeitsgemeinschaft (AG) soll es sein, sich einen umfassenden Überblick über die aktuelle Lage des studentischen Wohnungsmarktes in Greifswald zu verschaffen. Darauf aufbauend sollen konkrete Lösungen entwickelt und Aktionen geplant werden, um auf die schwierige Wohnsituation aufmerksam zu machen.

Die 22. Sozialerhebung zeigt zudem, dass über ein Drittel aller Studierenden unterhalb der Armutsgrenze lebt, wohingegen die BAföG-Förderquote seit Jahren rückläufig ist; nur 13 % aller Studierenden erhalten die Förderung. Gerade in Regionen mit einem angespannten Wohnungsmarkt wird die Suche nach der ersten eigenen Wohnung zu Beginn des Studiums unter diesen Rahmenbedingungen zu einer Frage der Bildungsgerechtigkeit. Ein strukturierter Austausch und koordinierte Maßnahmen durch die AG sind daher essenziell, um die Situation nachhaltig zu verbessern und den Druck auf den studentischen Wohnungsmarkt zu verringern.

## **TOP5 Antrag „Veranstaltung eines Aktionsmonats gegen Antisemitismus“**

### **Antragstellende**

Jonathan Niklas Spiekermann, Marcel Neuhaus, Tomiwa Japhet Adeyemo, Silvio Rackwitz, Tom Pretschner, Jan Philip Benckert, Paul Schakau, Lucas Müller

### **Antragstext**

Die Vollversammlung der Studierendenschaft der Universität Greifswald beschließt, dass der AStA damit beauftragt wird, einen Aktionsmonat gegen Antisemitismus an der Universität Greifswald zu planen und durchzuführen.

### **Begründung**

Bereits in der Vergangenheit hat der AStA verschiedene Aktionsmonate an der Universität veranstaltet, so beispielsweise den antifaschistischen oder den gerade stattfindenden queeren Aktionsmonat. Angesichts der beunruhigenden Zunahme von antisemitischen Vorfällen in der Gesellschaft und insbesondere an deutschen Hochschulen, erachten wir es als sinnvoll und wichtig, diesen Entwicklungen entgegenzutreten und ein starkes Zeichen gegen Antisemitismus zu setzen.

Gerade in Mecklenburg-Vorpommern wird man im Alltagsleben aufgrund der geringen Anzahl jüdischer Gemeinden kaum mit dem Judentum konfrontiert. Häufig führen fehlendes Wissen und Verständnis leider zu Vorurteilen und Intoleranz.

Traurigerweise sind in den letzten Monaten und Jahren die Fälle von Antisemitismus an deutschen Universitäten drastisch angestiegen. Beschmierte Wände, gewalttätige Übergriffe und immer wieder Ausschreitungen bei Demonstrationen sind nur einige Beispiele dieser Entwicklung. Nach einer Studie der Universität Konstanz zufolge hat rund ein Drittel der jüdischen Studierenden schon selbst Diskriminierung erlebt, mehr als die Hälfte hat dies an der Hochschule beobachtet.

Lasst uns als Studierende der Universität Greifswald gemeinsam ein Zeichen gegen Antisemitismus setzen! Dafür schlagen wir vor, dass der AStA einen Aktionsmonat gegen Antisemitismus veranstaltet. Wir wollen, dass verschiedene Vorträge, Informationsveranstaltungen und Workshops angeboten werden, die sich mit dem Thema Antisemitismus beschäftigen und diesem durch Aufklärung gezielt entgegenwirken.

## **TOP6 Antrag „Wissenschaft für eine zivile Zeitenwende- jetzt erst Recht!“**

### **Antragstellende**

SDS Greifswald durch Emil Oberbach, Marie Kamischke, Jan Methling, Sophie Tieding, Hannes Thoms, Annabel Bustorf, Edona Ibiši, Hanna Zobel, Viktoria Schünmann

### **Antragstext**

Die Vollversammlung spricht sich dafür aus, dass sich die Universität Greifswald dazu verpflichtet in Forschung, Lehre und Studium friedlichen Zielen zu folgen und einer Ausrichtung auf zivile Zwecke "zu tun". Hierfür soll die Einführung einer Zivilklausel in der Grundordnung der Universität Greifswald geprüft werden.

Bbeauftragt werden die studentischen Senator\*innen sowie der studentische Prorektor.

### **Begründung**

„Hochschulen bilden eine Grundlage für unser künftiges Leben und sollen mit ihren einzelnen Bereichen an der Gestaltung der Zukunft mitwirken. Diese Zukunft muss nicht nur eine nachhaltige und solidarische , sondern auch eine friedliche Zukunft sein.“ (<https://www.lks-mv.de/2023/05/positionspapier-zur-novellierung-des-landeshochschulgesetz/>)

Bereits über 70 Hochschulen haben sich in Deutschland zivilen Zwecken verpflichtet. Es gibt keinen Grund, warum die Universität Greifswald dies nicht auch tun sollte. In Anbetracht aktueller Umstände, in denen von Kriegstüchtigkeit und Aufrüstung die Rede ist, ist es umso wichtiger sicherzustellen, dass Hochschulen und Universitäten den Interessen der Zivilbevölkerung dienen. Krieg und Militarismus hingegen dienen ihr nicht.

## **TOP7 Antrag „Normales Attest bei Prüfungsrücktritt anstatt Aufhebung der ärztlichen Schweigepflicht“**

### **Antragsteller\*in**

Lisa Marie Riehemann

### **Antragstext**

Aktuell fordert das Prüfungsamt im Falle eines krankheitsbedingte Rücktritts von einer Prüfung ein Attest, auf dem Symptome beschrieben sind, wofür die ärztliche Schweigepflicht zumindest teilweise aufgehoben werden muss. Begründet wird dieser Eingriff in die studentische Intimsphäre damit, dass das Prüfungsamt entscheiden müsste, ob man prüfungsfähig ist. Diese Regelung soll abgeschafft werden, zugunsten eines normalen Attests, auf dem lediglich die Arbeitsunfähigkeit und damit auch die Prüfungsunfähigkeit bescheinigt wird.

### **Begründung**

Die Personen im ZPA sind nicht medizinisch geschult und daher fachlich gar nicht in der Lage zu entscheiden, ob man prüfungsfähig ist oder nicht. Zudem ist die Aufhebung der Schweigepflicht unverhältnismäßig, in einem normalen Arbeitsverhältnis darf das auch nicht verlangt werden. Außerdem sollte man das Recht haben eine Prüfung, die immerhin die Note für ein ganzes Modul bildet, im bestmöglichen Zustand abzulegen.

Laut RPO (2021) muss der Grund für den Prüfungsrücktritt glaubhaft gemacht werden. Dies könnte auch ohne Eingriff in die Intimsphäre möglich sein.

## **TOP8 Antrag „Geistige Gesundheit gehört ganzheitlich gefördert!“**

### **Antragstellende**

Ole Fenske, Julia Sandner, Charlotte Paul, Simon Janowski

### **Antragstext**

Die Studierendenschaft der Universität Greifswald fordert die Vertretung der Studierendenschaft dazu auf, ein Konzept zu erstellen, welches Primary Healthcare an der Universität ins besondere mit dem Fokus auf psychologische Gesundheit forciert. Weiterhin sollen die Möglichkeiten einer Informationskampagne geprüft werden.

### **Begründung**

Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) definiert Primary Healthcare als einen ganzheitlichen gesellschaftlichen Ansatz zur effektiven Organisation und Stärkung nationaler Gesundheitssysteme, um Gesundheits- und Wohlfühldienste näher an die Gemeinschaften zu bringen. Diese Form der Gesundheitsversorgung umfasst drei wesentliche Komponenten:

Integrierte Gesundheitsdienste zur Erfüllung der Gesundheitsbedürfnisse der Menschen während ihres gesamten Lebens.

Angehen der breiteren Determinanten von Gesundheit durch multisektorale Politik und Maßnahmen.

Befähigung von Individuen, Familien und Gemeinschaften, ihre eigene Gesundheit in die Hand zu nehmen.

Insbesondere der dritte Punkt, das Befähigen von Individuen, Familien und Gemeinschaften, ihre eigene Gesundheit in die Hand zu nehmen, kann noch mehr gefördert werden.

In letzter Zeit können oft Aussagen von Kommiliton\*innen und Freund\*innen vernommen werden, welche einen betroffen machen. Sie berichten von psychischen Problemen und vor allem von Hilflosigkeit – sei es durch lange Wartezeiten auf Erstberatungstermine oder durch die Angst, sich jemandem zu öffnen und andere Menschen mit ihrem Leid zu belasten. Diese Erfahrungen zeigen, wie ausgeliefert man sich in solchen Situationen fühlen kann und wie hilflos man sich als Außenstehender fühlt, wenn man helfen möchte, aber nicht weiß, wie. Die Studierendenschaft fordert die studentischen Senator\*innen, den AStA und das StuPa auf, zu überprüfen, inwiefern wir Konzepte entwickeln können, um Studierenden zu helfen, anderen zu helfen. Konkret soll hier beispielsweise die Idee einer Informationskampagne angestrebt werden, um Studierende zu sensibilisieren.

Das Ziel ist, dass wir am Ende soweit gebildet sind, dass wir frühzeitige Merkmale psychischer Probleme erkennen und unseren Freund\*innen und Kommiliton\*innen frühzeitig und richtig helfen können, quasi eine psychologische Erste-Hilfe. Auf diese Weise können wir im Sinne des Primary Healthcare-Konzepts das Empowerment vorantreiben, welches es jedem in unserer Gemeinschaft ermöglicht, richtig zu helfen oder zumindest ein wachsameres und fürsorgliches Miteinander zu pflegen.

Dieser Antrag zielt darauf ab, ein unterstützendes Umfeld zu schaffen, das psychische Gesundheit fördert und eine Kultur der Achtsamkeit und Fürsorge etabliert. Durch gezielte Sensibilisierungs- und



Weiterbildungsmaßnahmen können wir dazu beitragen, die psychische Gesundheit unserer Studierenden nachhaltig zu stärken und ein starkes Netzwerk der gegenseitigen Unterstützung zu etablieren.

## **TOP9 Antrag „Mehr queere Lehrinhalte in Vorlesungen und Seminaren“**

### **Antragstellende**

Ailyn Hidde, Josefine Günther, Robert Gebauer, Hanna Schifter, Anna Zimdahl

### **Antragstext**

Die Studierendenschaft spricht sich für mehr Repräsentation und Sichtbarkeit queerer Themen im Lehrplan aus.

Hierfür sollen Fortbildungen und Sensibilisierungsmaßnahmen für Lehrpersonal angeboten werden, um ein Verständnis für queere Themen und eine respektvolle Vermittlung zu gewährleisten. Außerdem sollen queere Studierendenorganisationen und Interessenvertretungen mit einbezogen werden, um ihre Expertise und Perspektiven in die Lehrplangestaltung mit einfließen zu lassen.

### **Begründung**

Die queere Umfrage, die der AStA und die GTAG letzten Jahres in der Studierendenschaft durchgeführt haben, zeigt unter anderem den Wunsch nach mehr queeren Inhalten im Lehrplan. Um nur ein paar Beispiele zu nennen:

- Medizin: Erwähnung in Fallbeispielen, Hormontherapie und Interaktion mit Arzneistoffen
- Psychologie: sensibler Umgang mit queeren Patient\*innen, aber auch mit denen, die sich queer feindlich äußern
- Biologie: binäre Entwicklung zu cis Mann und cis Frau
- Literatur und Geschichte: Lektüre von und über queere Personen
- Jura: vorhandene und fehlende Gesetze zum Schutz queerer Personen
- Bildungswissenschaften: Umgang mit queeren Schüler\*innen, Diskriminierungserfahrungen queerer Lehrkräfte
- Theologie: Auseinandersetzung mit dem Thema „Ist Homosexualität eine Sünde?“

Eine Universität sollte ein Ort sein, an dem unterschiedliche Lebensrealitäten und Identitäten Anerkennung finden. Die Berücksichtigung queerer Inhalte in den Lehrveranstaltungen spiegelt die Vielfalt unserer Gesellschaft wider und fördert ein Klima der Akzeptanz und des gegenseitigen Respekts. Zudem können Vorurteile abgebaut und Verständnis für Erfahrungen und Herausforderungen der queeren Community geschaffen sowie der Wissenshorizont durch akademische Diskussion erweitert werden. Durch die Aufnahme queerer Lehrinhalte können wir einen wichtigen Beitrag zur Schaffung einer inklusiven und vielfältigen Lernumgebung leisten.

## **TOP10 Antrag „Einrichtung externer Beratungsangebote für Betroffene sexualisierter Gewalt in den Räumlichkeiten der Universität Greifswald“**

### **Antragstellende**

SDS Greifswald durch Marie Kamischke, Jan Methling, Annabel Bustorf, Hannes Thoms, Christiane Kiesow, Moritz Griffel, Sophie Tieding, Emil Oberbach, Edona Ibiši, Vikoria Schünmann, Hanna Zobel

### **Antragstext**

Die Vollversammlung möge beschließen, dass das Asta Referat für Soziales und Gleichstellung prüft, ob ein wiederkehrendes Angebot der Beratung für Betroffene sexualisierter Gewalt durch eine externe Beratungsstelle in den Räumlichkeiten der Universität oder der Studierendenschaft ermöglicht werden kann.

### **Begründung**

Betroffene sexualisierter Gewalt haben im Universitätskontext aktuell die Möglichkeit sich an die Gleichstellungsbeauftragte der Universität, das AStA Referat für Soziales und Gleichstellung oder an die Awareness Personen der Fachschaftsrate wenden.

Da Amtstragende universitärer Instanzen allen Studierenden und Mitarbeitenden gleichermaßen verpflichtet sind, verunmöglicht das die notwendige Parteilichkeit, die Beratung für Betroffene sexualisierter Gewalt zur erfolgreichen Durchführung benötigt. Abgesehen von der Gleichstellungsbeauftragten der Universität können andere Anlaufstellen schlichtweg nicht die Ausbildung anbieten, die Betroffenenberatung benötigt.

Im aktuellen Fall des FSR Geschichte zeigt sich zudem deutlich, dass eine Instanz wie Awareness Beauftragte nur durch ihre Bezeichnung nicht verspricht, eine unterstützende Anlaufstelle zu sein.

Auch wenn es in Greifswald Anlaufstellen für Betroffene sexualisierter Gewalt gibt, ist es für diese immer eine Hürde mehr, andere Räume aufzusuchen oder Termine zu vereinbaren. Ein offenes Beratungsangebot in den Räumlichkeiten der Universität anzubieten, macht den Zugang zu diesem niederschwellig und offeriert darüber hinaus Anknüpfung an weitere Prozesspunkte der Beratung wie Rechtsberatung oder psychosoziale Beratung und kann die die bereits sehr gute Arbeit des Gleichstellungsbüros sinnvoll ergänzen.

## **TOP11 Antrag „gegen die Einführung einer allgemeinen Anwesenheitspflicht“**

### **Antragstellende**

Kristina Müller, Nadine Schröder, Robert Gebauer, Anna Zimdahl, Theodor Zerche

### **Antragstext**

Die studentische Vollversammlung möge sich dafür aussprechen, dass im Rahmen der Änderung der Rahmenprüfungsordnung (RPO) keine allgemeine Anwesenheitspflicht für Veranstaltungen durchgesetzt wird.

### **Begründung**

In den verschiedenen Studienordnungen der Studiengänge werden Anwesenheitspflichten bereits für einige Module geregelt. Anwesenheitspflichten können an geeigneter Stelle sinnvoll sein, wie in praktischen Modulen (z.B. Laborpraktika, Praktika in den Lehramtsfächern, etc.), vorlesungsbegleitende Kolloquien (VK) und Ähnlichem. Diese sind in den jeweiligen Studienordnungen bereits geregelt.

Jedoch ist es, beispielsweise nach aktuellem Zeitfenstermodell und Überlappung von Veranstaltungen, nicht möglich, mit allgemein geltender Anwesenheitspflicht das Studium in Regelstudienzeit abzuschließen. In Anbetracht der gegenwärtigen Reformprozesse der RPO durch den Senat, möchten wir, die Studierendenschaft, uns dafür aussprechen, die betreffende Änderung nicht zu befürworten.

Wir schlagen vor, dass die studentischen Senator\*innen, der studentische Prorektor und die Referentin für Studium und Lehre damit beauftragt werden.

## **TOP12 Antrag „Semesterbeitrag an die Studierendenschaft auf freiwilliger Basis“**

### **Antragsteller\*in**

Dennis Rose

### **Antragstext**

Es soll darüber abgestimmt werden, ob der Anteil für die Studierendenschaft, in der Summe der Rückmeldegebühr auf freiwilliger Basis erfolgt.

### **Begründung**

In den letzten Semestern fällt immer häufiger auf, dass die Vertreter der Studierendenschaft dem allgemeinen politischen Mainstream folgen, anstatt sich neutral und allgemein zu äußern. So werden geschlechterspezifische Themen mit Aktionswochen in den Mittelpunkt gerückt und Vorträge organisiert, welche konkret konservative Denkmuster diffamieren. Der AStA scheint gezielt nach Referenten zu suchen, welche klar mit der Antifa in Verbindung stehen und dieses auch offen zugeben. Ich finde dieses Verhalten unserer Vertreter fragwürdig. Mit dem Antrag die Finanzierung der Studierendenschaft auf freiwilliger Basis stattfinden zu lassen, erhoffe ich mir, mangels monetärer Mittel, ein besseres und neutraleres Denken im Zusammenhang zukünftiger politisierender Veranstaltungen.

## **TOP13 Antrag „Verlängerung der Citavi-Lizenz“**

### **Antragsteller\*in**

Yannik Mehl

### **Antragstext**

Ich, der Antragsteller, möchte die studentischen Vollversammlung, AStA der Universität Greifswald sowie die studentischen Mitglieder des Senates darum bitten, sich für eine Verlängerung der Citavi-Lizenz auszusprechen. Citavi wird von sehr vielen Studierenden für ihre wissenschaftlichen Arbeiten genutzt.

### **Begründung**

Citavi hat eine benutzerfreundlichere Oberfläche und es lassen sich leichter Add-Ins integrieren. Gleichzeitig lassen sich Notizen und Gedanken direkt mit den Literaturquellen verknüpfen. Außerdem bietet Citavi die Möglichkeit Aufgabenplanung und Projektmanagement in Citavi direkt zu nutzen, was das Schreiben von sehr umfangreichen Arbeiten erleichtert. Auch Datenbanken sind in Citavi direkt integriert.

## **TOP14 Antrag „FLINTA\* Toiletten jetzt!“**

### **Antragstellende**

SDS Greifswald vertreten durch: Hanna Zobel, Viktoria Schünemann, Sophie Tieding, Moritz Griffel, Marie Kamischke, Adelgard Ruhm

### **Antragstext**

Die Studierendenschaft möge beschließen, dass alle Frauen Toiletten zu FLINTA\* Toiletten umgewandelt werden und auch als solche zu kennzeichnen.

### **Begründung**

Begründung: FLINTA\*-Personen (Frauen, Lesbische-, Intersex-, Nichtbinäre-, Trans-, und Agender Personen) werden in unserer Gesellschaft immer und überall diskriminiert, angegriffen und sogar ermordet. Es ist nicht zumutbar, dass unsere Uni durch ein Aufrechterhalten von Geschlechterbinarität im Bezug auf die Toiletten ein patriarchales System mitträgt.

Unisex Toiletten sind vielleicht der erste Schritt, aber nicht ausreichend! Es ist für FLINTA\*-Personen nicht zumutbar, mit cis Männern zusammen eine Toilette besuchen zu müssen. Ein Ausschließen aller Menschen von den Frauentoiletten, die keine cis Frauen sind, ist gefährlich und falsch. Auch inter- und trans Personen sind patriarchaler Gewalt ausgesetzt.

Inter-, Trans-, und Queerfeindlichkeit schadet auch cis Frauen!

Nicht nur cis Frauen brauchen Schutz vor Gewalterfahrungen, sondern auch alle anderen FLINTA\*-Personen.

## **TOP15 Antrag „Awareness Sensibilisierung der Amtstragenden der studentischen Gremien/Organe und der Mitglieder der moritz.medien“**

### **Antragstellende**

SDS Greifswald durch Marie Kamischke, Emil Oberbach, Viktoria Schünemann, Moritz Griffel, Annabel Bustorf, Jan Methling, Emily Egerdörfer, Hannes Thoms, Sophie Tieding, Edona Ibiši, Hanna Zobel, Adelgard Ruhm

### **Antragstext**

1. Die Vollversammlung möge beschließen, dass die Belegung eines Awareness Seminars für alle Amtstragenden der studentischen Gremien, der studentischen Organe und für die Mitglieder moritz.medien verpflichtend ist und dass diese Verpflichtung in die Satzung der Studierendenschaft aufgenommen wird.
2. Die Vollversammlung möge beschließen, dass alle aktuellen Amtstragenden der studentischen Gremien, der studentischen Organe und die Mitglieder der moritz.medien schnellstmöglich verpflichtend an einem Awareness Seminar teilnehmen, sofern sie das innerhalb des Hochschulkontextes noch nicht getan haben.
3. Die Vollversammlung möge beschließen, dass die Möglichkeit des Ausschlusses aus den betreffenden Gremien/Organen und den moritz.medien derer, die eine Teilnahme an einer Awareness Schulung verweigern, in die Satzung der Studierendenschaft aufgenommen wird.

### **Begründung**

Die Geschehnisse der letzten Wochen um den FSR Geschichte zeigen die immer noch unzureichende Sensibilisierung der Amtsträger\*innen der Studentischen Gremien/Organe und der moritz.medien. Wenn Diskurse über Neutralität im Kontext von Tätervorwürfen lauter gehalten werden als jene, über Opferschutz und Prävention von Übergriffigkeit, öffnet sich ein Abgrund im Bereich der Sicherheit der Studierendenschaft der Menschen gefährdet und Opfererfahrungen aus dem Diskurs entfernt.

Aktuell ist mindestens ein Mitglied eines jeden FSR und das AStA Referat für Soziales und Gleichstellung aus gutem Ton dazu angehalten, eine Awareness Schulung zu absolvieren.

Eine verpflichtende Absolvierung, festgelegt per Satzung, gibt es bisher in keinem Gremium oder bei den moritz.medien. Auch wenn die Belegung eines Awareness Seminars nicht das Allheilmittel in der Sicherstellung Übergriffigkeitsfreier Räume ist, ist es das kleinste Versprechen was studentische Gremien, eine vermeidlich der Aufklärung verschriebene Hochschulpresse und Fachschaftsräte der Studierendenschaft geben können: Das Versprechend nicht vollumfassend inkompetent zu sein.



## **TOP16 Antrag „Chill & Sip - noch mehr Getränkeauswahl“**

### **Antragstellende**

Julia Sandner, Mercedes N. D. Spiering, Charlotte Paul, Jennifer Zier, Ole Fenske, Nico Witteborn

### **Antragstext**

Die Vollversammlung der Studierendenschaft möge beschließen:

Die Studierendenschaft spricht sich dafür aus, dass geprüft werden soll, inwiefern die Getränkeauswahl am Campus breiter aufgestellt werden kann. Beispielsweise durch einen Automaten, der sowohl alkoholfreie Getränke wie Mio-Mio-Mate, Club-Mate oder Fritz Limo als auch regionales Bier zur Verfügung stellt.

### **Begründung**

Ein Getränkeautomat bietet Studierenden und Universitätsangehörigen eine willkommene Möglichkeit, sich gerade in den heißen Sommermonaten unkompliziert mit erfrischenden Getränken zu versorgen. Neben Bieren soll der Automat auch eine reiche Auswahl an alkoholfreien Erfrischungen anbieten. Weiterhin dient es als Ergänzung des bestehenden Angebots des Snack-Automaten und entlastet gleichzeitig das Personal in der Cafeteria. Gerade in Stoßzeiten mit hohem Andrang kann so eine effiziente Selbstbedienung ermöglicht werden. Zudem dient es als Ergänzung zu dem bereits bestehenden Automaten in der Bibliothek. Zusätzlich erwähnt werden kann, dass der Verkauf von Getränken über einen Automaten Einnahmen generiert, die der Universität direkt zugutekommen. Um auf den Automaten auch am Wochenende zugreifen zu können, müsste ein geeigneter Ort gefunden werden.

## **TOP17 Antrag „Die Bibliothek 2.0: Wo Bücher ihre Besitzer wechseln“**

### **Antragstellende**

Julia Sandner, Charlotte Paul, Katharina Beer, Ole Fenske, Jennifer Zier, Nico Witteborn, Simon Janowski, Mercedes N. D. Spiering, Philip Pinzél

### **Antragstext**

Die Vollversammlung der Studierendenschaft möge beschließen:

Die Studierendenschaft spricht sich dafür aus, dass geprüft werden soll, inwiefern eine ständige Bücher- und Zeitungsbörse in Form einer alten Telefonzelle am Campus bereitgestellt werden kann. In dieser sollen Studierende und Mitarbeitende eigene Bücher, Magazine oder Zeitungen ablegen und entnehmen können.

### **Begründung**

Eine zentrale Tauschbörse ermöglicht den Studierenden den einfachen und kostenlosen Zugang zu Büchern und aktuellen Zeitungen oder Magazinen. Durch den Austausch von gebrauchten Büchern und Zeitungen werden Ressourcen geschont und ein Beitrag zum Umweltschutz geleistet. Dies passt zur nachhaltigen Ausrichtung unserer Universität. Weiterhin bietet solch eine Tauschbörse eine kostengünstige Alternative und entlastet die Studierenden finanziell, da so individuelle Ausgaben gesenkt werden können. Der Campus kann dadurch noch mehr zu einem Ort des Austauschs und der Vernetzung unter den Studierenden werden. Zeitungen und Magazine bieten Gesprächsstoff und regen zu Diskussionen an. Dies stärkt das Gemeinschaftsgefühl, fördert den interdisziplinären Austausch und kann zu neuen Ideen führen. Außerdem kann das Lesen von Zeitungen und Magazinen eine willkommene Abwechslung und Entspannung vom oft stressigen Studienalltag bieten. Es schafft eine Möglichkeit zur kurzen mentalen Auszeit und trägt so zum Wohlbefinden der Studierenden bei.

## **TOP18 Antrag „Mehr Fahrradbügel auf dem Berthold-Beitz-Platz“**

### **Antragstellende**

Tomiwa Japhet Adeyemo, Marcel Neuhaus, Jan Philip Benckert, Jonathan Niklas Spiekermann, Silvio Rackwitz

### **Antragstext**

Die Vollversammlung der Studierendenschaft der Universität Greifswald beschließt, dass auf den Liegenschaften der Universität Greifswald am Berthold-Beitz-Platz neben den bestehenden Fahrradständern, weitere Fahrradbügel installiert werden sollen.

### **Begründung**

Gerade zu Stoßzeiten finden sich oft nicht genügend Fahrradbügel für alle. So kommt es, dass bei Wind viele Fahrräder auf dem Boden liegen oder in nicht vorgesehenen Bereichen abgestellt werden. Im Hinblick auf die Fahrradfreundlichkeit der Universität ist daher auf dem Berthold-Beitz-Platz Nachholbedarf.

## **TOP19 Antrag „Schaffung zusätzlicher Sitzgelegenheiten am Campus am Ernst-Lohmeyer-Platz“**

### **Antragstellende**

Charlotte Paul, Julia Sandner, Katharina Beer, Simon Janowski, Nico Witteborn, Ole Fenske und Johanne Münschenich

### **Antragstext**

Die Vollversammlung der Studierendenschaft möge beschließen:

Die Studierendenschaft spricht sich dafür aus, dass geprüft werden soll, inwiefern die Installation zusätzlicher Sitzgelegenheiten in Form von Baumbänken mit integrierten Tischen am Ernst-Lohmeyer-Platz realisierbar ist.

### **Begründung**

Ein akutes und langanhaltendes Problem besteht darin, dass vor der Mensa und auf dem Campus am Ernst-Lohmeyer-Platz nicht genügend Sitzmöglichkeiten vorhanden sind. Besonders zur Mittagszeit finden viele Studierende und Mitarbeitende keinen Platz, um ihre Mahlzeiten in angenehmer Atmosphäre einzunehmen. Neue Sitzgelegenheiten könnten hier eine wichtige Entlastung schaffen und den Andrang vor der Mensa reduzieren. Einladende und gut gestaltete Sitzmöglichkeiten in Form von Baumbänken mit integrierten Tischen im Freien bieten den Studierenden und Mitarbeitenden eine angenehme Umgebung, um sich zu treffen, auszutauschen und gemeinsame Zeit zu verbringen. Nicht zuletzt würde ein gut gestalteter Campus mit ausreichend Sitzgelegenheiten die Attraktivität unserer Universität erhöhen. Eine einladende und ansprechende Universität kann ein entscheidender Faktor für zukünftige Bewerberinnen und Bewerber bei der Wahl ihres Studienplatzes sein. Auch für die aktuellen Studierenden der Universität würden die geschaffenen Sitzmöglichkeiten viele positive Aspekte im Studienalltag darstellen.

## **TOP20 Antrag „Rauchverbot im Außenbereich der Cafeteria am Beitzplatz“**

### **Antragstellende**

Philipp Randt, Jonas Biß

### **Antragstext**

Es soll ein Allgemeines Rauchverbot im Außenbereich der Cafeteria beim Beitzplatz geben.

### **Begründung**

Rauchen schadet der Gesundheit.

Es ist nicht schlüssig warum im Außenbereich der Cafeteria geraucht werden darf, da der Nichtraucherbereich vor dem Klinikum unmittelbar an die Cafeteria angrenzt. Ebenso gibt es viele Personen, die im Außenbereich essen, darunter Kinder und Patienten aus der Klinik. Raucher könnten ebenso gut im Raucherpavillon rauchen, da dieser nicht so weit entfernt steht.

## **TOP21 Antrag „Verlängerung der Maximalwohnzeit in den Wohnheimen des Studierendenwerkes“**

### **Antragsteller\*in**

Yannik Mehl

### **Antragstext**

Ich, der Antragsteller, möchte die Vollversammlung, den AStA der Universität Greifswald sowie die studentischen Mitglieder der des Senates darum bitten, sich dafür auszusprechen, dass sich die Maximalwohndauer von 5 Jahren in den Wohnheim sich an die individuelle Regelstudienzeit der Studierenden orientiert.

### **Begründung**

Besonders hart trifft es die Studierenden mit dem Studienziel Staatsexamen. Im Medizinstudium beträgt die Regelstudienzeit 6 Jahre und auch in den Studiengängen Lehramt und Jura schließen nur die wenigsten in der Regelstudienzeit von 5 Jahren ab, oft auch unverschuldet. So kann ein nicht zugeteilter Seminarplatz das Studium sehr schnell um ein Jahr verlängern und die Studierenden unter Druck setzen, wenn sich noch um eine Übergangslösung gesucht werden muss.

## **TOP22 Antrag „Graduiertenfeier für alle Abschlüsse“**

### **Antragstellende**

Neele Worthmann, Mareike Schnarr

### **Antragstext**

Die Vollversammlung der Studierendenschaft möge beschließen, dass die Möglichkeit der Einführung von offiziellen Absolvent\*innenfeiern in folgender Form von der AStA-Referentin für Studium und Lehre geprüft werden soll werden. Es sollen zwei Termine im Jahr angeboten werden, zu denen die Absolvent\*innen eingeladen werden, je nachdem, zu welchem Zeitpunkt sie ihr Studium beenden. Im Rahmen dieser Feiern sollen sie gebündelt verabschiedet und besondere Leistungen gewürdigt werden.

### **Begründung**

Derzeit gibt es an der Universität Greifswald keine offizielle Verabschiedung der Absolvent\*innen aller Abschlüsse. Es ist den Fachschaften überlassen, eine solche Veranstaltung für ihre Fakultät zu organisieren. Dies führt dazu, dass viele Studierende, z.B. nach dem Bachelor, die Universität und Greifswald lediglich mit einem feuchten Händedruck oder der zugesandten Abschlussurkunde verlassen.

Rituale spielen im menschlichen Leben eine zentrale Rolle. Sie dienen dazu, wichtige Übergänge im Leben zu markieren und zu würdigen. Sie schaffen Erinnerungen, stärken das Gemeinschaftsgefühl und fördern den Stolz auf das Erreichte. Gerade in Zeiten, in denen das Studium unter immer schwierigeren Bedingungen stattfindet, sollte der Studienabschluss besonders gewürdigt werden. Durch die Einführung von zwei offiziellen Terminen im Jahr wird sichergestellt, dass die Studierenden die Möglichkeit haben, diesen wichtigen Meilenstein gemeinsam mit ihren Kommiliton\*innen, Dozierenden und Professor\*innen, vor allem aber mit ihren Freund\*innen und Familien zu feiern. Darüber hinaus würde eine zentral organisierte Feier die Identifikation mit der Universität stärken und auch ihr Ansehen steigern.

## **TOP23 Antrag „Aufschlüsselung von Exkursionskosten und Fördermöglichkeiten“**

### **Antragstellende**

Yannik Mehl

### **Antragstext**

In den meisten Studienfächern sind Exkursionen für die Studierenden verpflichtend, um das Studium abschließen zu können. Die Kosten tragen die Studierenden meist selbst. Doch bei diversen Informationsveranstaltungen vor der Exkursion wird immer wieder eine Förderung in Aussicht gestellt, so dass die Hoffnung besteht, dass noch Teile des bezahlten Beitrags zurückerstattet werden kann. Dies passiert jedoch in vielen Fällen nicht getan, oder es wurden keine Fördergelder beantragt. Der Unkostenbeitrag für die Exkursionen muss für die Studierenden vor der Bezahlung schlüssig aufgegliedert werden. Es soll genau dokumentiert werden, was im Beitrag für Unterkunft, Museen, Transportkosten usw. enthalten ist. Auch muss darüber informiert werden welche Fördermittel beantragt wurden und in welcher Höhe diese den Studierenden zu Gute kommen. Auch welcher Geldanteil auf jeden Studierenden direkt kommt. Gleichzeitig sollen die Studierenden, wenn nicht schon im Vorfeld Förderungen vorliegen, regelmäßig über den Fortschritt, nachträglicher Förderung informiert werden, so dass die Studierenden immer auf dem neusten Stand sind. Es muss auch informiert werden, welche Kosten zusätzlich zum Exkursionsbeitrag auf die Studierenden zu kommen, welche ebenfalls exakt aufgeschlüsselt werden sollen.

### **Begründung**

Exkursionen stellen für Studierenden eine erhebliche finanzielle Belastung, da die bestmöglich gemindert werden muss. Oft muss ein Teil des Geldes für die verpflichtenden Exkursionen beiseitegelegt und dies im Vorhinein geplant werden. Damit Studierende eine Chance haben, diese ohne Abstriche im Leben zu tun, muss Klarheit über die Höhe der Unkosten herrschen.



## **TOP24 Antrag „RPO-Änderung“**

### **Antragstellende**

Yannik Mehl

### **Antragstext**

In den letzten drei studentischen Vollversammlungen wurde immer wieder für eine Änderung der RPO gestimmt. Wurde schon in mit der Änderung begonnen?

### **Begründung**

Die Studierendenschaft sollte über die Fortschritte dieser RPO-Änderung informiert werden.

## **TOP25 Sonstiges**

Hier könnt ihr loswerden, was ihr sonst noch auf dem Herzen habt. Dann sagen sich alle Auf Wiedersehen.